
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.60992

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Der Gegensatz in der Stromausstattung ländlicher und städtischer Gebiete, der wiederholt erwähnte Mangel an kommunaler Initiative und die Schwierigkeit, die profitorientierten Interessen der privaten Stromunternehmen mit den Aufgaben eines öffentlichen Dienstleistungssektors zu vereinbaren, haben im Laufe der 30er Jahre den Ruf nach einer Verstaatlichung der Elektrizitätswerke verstärkt. Die CGT hatte diese Forderung schon 1919 formuliert. Doch erst die Wirtschaftskrise und die Folgen des Zweiten Weltkrieges haben zu jenem nationalen Konsens geführt, der eine gänzliche Umstrukturierung der Herstellungs-, Vertriebs- und Verteilungsformen erlaubt hat.

Im Laufe eines Vierteljahrhunderts schlägt die französische Stromwirtschaft zuerst sehr vielversprechend den Weg der Moderne ein, um dann in ihrem Elan durch äußere Hemmnisse gebremst zu werden, die die Schwächen des französischen Dienstleistungssektors noch verstärken. Der vorliegende Band zeichnet ein sehr feines, detailliertes Bild dieser gegenläufigen Tendenzen und liefert Diskussionsansätze, die die Autoren schon in den vorliegenden Beiträgen aufgreifen. Hierin liegt der besondere Wert dieser Gemeinschaftsarbeit.

Dagmar SOLEYMANI, Paris

Gordon A. CRAIG, Felix GILBERT (Hg.), *The Diplomats 1919–1939*, Princeton (Princeton University Press) 1994, X–700 S. – Gordon A. CRAIG, Francis LOEWENHEIM, (Hg.), *The Diplomats 1939–1979*, Princeton (Princeton University Press) 1994, XVI–747 S.

Gut vierzig Jahre nach der Veröffentlichung einer Aufsatzsammlung über die Diplomaten der Zwischenkriegszeit (1919–1939) liegt nun ein von CRAIG und seinem Kollegen LOEWENHEIM edierter Nachfolgebänd vor, der sich mit dem Schicksal der Diplomaten in den Jahren von 1939 bis 1979 beschäftigt. Beide Bände gehören für den Diplomatienhistoriker zur unverzichtbaren Pflichtlektüre, umfassen sie doch nahezu den gesamten Zeitraum des »kurzen« 20. Jh., ohne allerdings den Anspruch zu erheben, eine vollständige Analyse der internationalen Beziehungen dieser Jahre vorzulegen. Sie liefern jedoch wichtige Bausteine für eine derartige Gesamtbetrachtung und werfen vor allem die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden beider Zeiträume auf. Warum, so gilt es zu fragen, brach die Versailler Ordnung schon nach wenigen Jahren zusammen, während es nach 1945 wenigstens eine gewisse Stabilität gab? Und welchen Anteil hatten die Diplomaten an dieser Entwicklung?

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bedeutete für die Diplomaten gleich in zweifacher Hinsicht eine tiefe Zäsur. Die auf dem Prinzip des Gleichgewichts beruhende alte internationale Ordnung war zusammengebrochen und konnte durch die Pariser Friedensverträge nicht restauriert werden. Die großen machtpolitischen Fragen waren nicht entschieden, Frankreichs Vormachtrolle auf dem Kontinent beruhte auf der vorübergehenden Schwäche Deutschlands und des revolutionären Rußlands. Die von den USA nach Großbritannien übergreifende Diskussion über die »alte« und »neue« Diplomatie lähmte die außenpolitische Gestaltungskraft der Inselmacht. Die Vertreter der traditionellen Diplomatie sahen sich zunehmend mit der von Wilson formulierten revolutionären Forderung konfrontiert, nach dem Fiasko von 1914 die neue Staatenordnung auf der Grundlage völlig veränderter Prinzipien zu errichten: eine »offene« Konferenzdiplomatie sollte die alte Geheimdiplomatie ersetzen, eine moralisch legitimierte Politik an die Stelle der als unmoralisch diskreditierten Realpolitik treten, das System von Allianzen und bilateralen Verträgen sollte durch das Instrument der »kollektiven Sicherheit« und durch die Herrschaft des Rechts abgelöst werden. Da sich die USA jedoch schon bald aus der europäischen Politik wieder zurückzogen (D. PERKINS), fehlte der »neuen« Diplomatie und dem Völkerbund bereits in den 20er Jahren die machtpolitische Unterfütterung, bevor in den 30er Jahren die Idee einer auf universalen Prinzipien beruhenden Staatenordnung durch die brutale Machtpolitik der totalitären Regime in Berlin und Moskau hinweggefegt wurde.

Die im 19. Jh. noch so mächtigen Außenministerien und bedeutenden Botschafter verloren ständig an Einfluß. Dies galt für die westlichen Demokratien, erst recht aber für die totalitären Staaten. Lloyd George etwa kümmerte sich kaum um die Einwände des Foreign Office, Mac Donald gefiel sich gleichfalls als sein eigener Außenminister (CRAIG), und Chamberlain konzipierte seine Appeasement-Strategie ebenfalls am Außenministerium vorbei oder brachte seine eigenen Vertrauensleute (Henderson in Berlin) in einflußreiche Positionen im diplomatischen Dienst (GILBERT). Kontinuität im Sinne einer an der Staatsräson orientierten Außenpolitik demonstrierte dagegen in den 20er Jahren der Quai d'Orsay unter seinem Generalsekretär Berthelot (R. D. CHALLENGER), bevor auch die französische Diplomatie unter seinem Nachfolger Léger (E. R. CAMERON) in den 30er Jahren in den Sog innenpolitischer Auseinandersetzungen geriet und zur Formulierung einer verbindlichen außenpolitischen Strategie nicht mehr in der Lage war, wie der Richtungsstreit unter den Botschaftern Francois-Poncet (Verständigung mit Deutschland) und Coulondre (Bündnis mit der Sowjetunion) offenbarte (F. L. FORD und C. E. SCHORSKE).

In den totalitären Staaten wurde der Zersetzungsprozeß traditioneller außenpolitischer Institutionen und Methoden noch entschiedener vorangetrieben. Die sowjetischen Außenkommissare Chicherin (T. H. VON LAUE) und Litwinov (H. L. ROBERTS), die niemals zum inneren Zirkel der Macht gehörten, standen in der dualistisch operierenden sowjetischen Außenpolitik eher in der Kontinuität russischer Machtpolitik, während die von Moskau gelenkte Komintern für die revolutionäre Agitation zuständig war und die Anstrengungen der Diplomaten nicht selten konterkarierte. Eine Koordination der sowjetischen Außenpolitik erfolgte in den 20er Jahren durch die Gremien der Partei (Politbüro) und anschließend durch den Diktator Stalin, der das Land mit brutaler Härte auf die von ihm erwarteten machtpolitischen Kämpfe der Zukunft vorbereitete. Ähnlich doppelbödig operierend zwischen traditioneller Machtpolitik und revolutionärem Aufbruch präsentierte sich zunächst die Politik des faschistischen Italien (H. HUGHES und F. GILBERT) und des nationalsozialistischen Deutschlands (CRAIG). Die Ernennungen Cianos und Ribbentrops zum Außenminister (1936/38) dokumentierten alsdann den Triumph von Abenteuerertum und Dilettantismus. Propaganda, dramatische Gesten, ultimative Drohgebärden, Machtversessenheit und ausschweifende Eroberungspläne wurden zum Kennzeichen »totalitärer« Diplomatie, von der unter seinem Außenminister Matsuoka auch Japan ergriffen wurde (J. HUIZENGA). Im Unterschied zum Verhalten der Sowjetunion erfuhr die nationalsozialistische Außenpolitik eine weitere gefährliche Dynamisierung, indem sie das Erreichen ihrer expansiven Ziele mit der biologischen Lebenserwartung Hitlers verband und ihre Risikobereitschaft damit unkalkulierbar vergrößerte.

Im Unterschied zu 1918 waren 1945 die großen machtpolitischen Fragen der Zeit entschieden. Mit dem Niedergang der europäischen Großmächte und dem Aufstieg der USA und der Sowjetunion lag die Verantwortung für die Errichtung einer neuen Staatenordnung und die Suche nach den sie tragenden Prinzipien vor allem bei den Staatsmännern und Diplomaten in Washington und Moskau, wengleich sich der Blick der Herausgeber des zweiten Bandes neben Europa auch auf den Nahen Osten (M. BRECHER über Eban und R. ISRAELI über Sadat), Indien (R. FONSECA über Nehru), Japan (A. IRIYE über Shigeru) und China (S. G. ZHANG über Zhou Enlai) richtet. Die idealistisch-universalistischen und in der Tradition Wilsons stehenden amerikanischen Auffassungen und die auf Abgrenzung und Vormachtstellung ausgerichteten sowjetischen Pläne, eine Kombination alter russischer Machtpolitik und kommunistischer Utopie, waren jedoch miteinander unvereinbar und ließen wie nach 1918 den Traum von der Errichtung einer von allen Staaten akzeptierten neuen Weltordnung rasch zerplatzen. Innerhalb der sich im Kalten Krieg formierenden Machtblöcke und auch zwischen den weltpolitischen Antagonisten herrschte dagegen im Unterschied zur Zwischenkriegszeit unverkennbar eine gewisse Stabilität. Im Rahmen der »Pax Sovietica« wurde die Ruhe im Ostblock notfalls durch brutale militärische Unter-

drückung gewährleistet, während die »Pax Americana« weitgehend auf dem inneren weltanschaulichen Konsens und dem funktionierenden diplomatischen Interessenausgleich gegründet werden konnte. Machtpolitisch abgestützt, konnten nach 1945 innerhalb der westlichen Gemeinschaft die Ideale Wilsons weitgehend reüssieren, zumal die USA pragmatisch auf Bestandteile der »alten« Diplomatie (NATO-Allianz) zurückgriffen. Im Rahmen der »Pax Americana« gewann die Diplomatie daher im Vergleich zur Zeit nach 1918 an Ansehen, Selbstgewißheit und Gestaltungskraft, während ihr aufgrund des Ost-West-Gegensatzes für den Aufbau einer globalen Weltordnung nur ein minimaler Handlungsspielraum zur Verfügung stand. Die Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Generalsekretäre beschränkte sich daher in der Regel auf das »Krisenmanagement« (P. G. LAUREN).

Die Zeit der großen Botschafter war dennoch endgültig abgelaufen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der »Großen Politik« wurde weiter marginalisiert. Von den verbesserten Kommunikationstechniken und Reisemöglichkeiten profitierten dagegen die bürokratischen Apparate und die Staats- bzw. Regierungschefs. Adenauer, der die weltanschaulichen Prinzipien der »Pax Americana« vorbehaltlos anerkannte, zugleich aber pragmatisch handelte, stieg zu einem der bedeutendsten Staatsmänner der Nachkriegszeit auf. Im Zuge einer außenpolitischen »Revolution« fügte er den westdeutschen Teilstaat unverrückbar in die westliche Zivilisation ein und befreite die deutsche Diplomatie vorerst aus ihrem traditionellen Dilemma, unsicher zwischen dem Westen und Osten zu schwanken und im risikobehafteten Alleingang zu agieren (CRAIG). Ähnlich anpassungsfähig und flexibel erwies sich die deutsche Diplomatie in den frühen 70er Jahren im Rahmen der »Ostpolitik« (A. McADAMS). Vergleichbar innovativ und zukunftsorientiert bewegte sich die französische Diplomatie unter Schuman und Monnet bei ihrem erfolgreichen Anlauf, durch Integration und den damit verbundenen Abbau nationaler souveräner Rechte zugunsten supranationaler Institutionen den deutsch-französischen Antagonismus zu überwinden (W. W. ROSTOW). Vor allem aus der Sicht der amerikanischen Hegemonialmacht eröffnete die mit der EVG und der EWG fortgesetzte Integrationspolitik die verlockende Perspektive, das (west)europäische Staatensystem auf eine neue Grundlage zu stellen und einen Rückfall in die gescheiterte Macht- und Gleichgewichtspolitik früherer Zeiten zu verhindern.

Weder machtpolitisch noch konzeptionell war daher im Rahmen der »Pax Americana« nach 1945 ein ausreichender Handlungsspielraum für eine eigenständige Außenpolitik der ehemaligen europäischen Großmächte vorhanden, die sich am Gedanken der Staatsräson des souveränen Nationalstaates orientierte. Großbritannien hatte bereits 1948/49 die Anlehnung an Washington gesucht, wobei die Frage weiter kontrovers bleiben wird, inwieweit die britische Diplomatie unter Außenminister Bevin damit die Chance für eine unabhängige europäische Politik mit Frankreich als Partner verspielt hat (G. WARNER). Leider befaßt sich kein Beitrag mit der britischen Politik in den 50er Jahren, als Churchill und auch Macmillan kurzfristig vergeblich versuchten, eine eigenständige Position zwischen den Weltmächten einzunehmen. Ungeachtet aller Raffinesse und intellektuellen Brillanz scheiterte auch de Gaulle mit seinem Versuch, Frankreichs alte Großmachtposition zurückzugewinnen und zu den diplomatischen Traditionen und Methoden des 19. Jh. zurückzukehren (St. HOFFMANN).

Die hegemoniale Vormachtrolle der USA und die Dominanz der amerikanischen Wertvorstellungen konnten durch Frankreich und Großbritannien nicht ernsthaft in Frage gestellt werden. Hervorragende amerikanische Diplomaten und Außenminister wie Marshall und Acheson hatten es nach 1945 vielmehr verstanden, die weltanschaulichen Antriebskräfte der amerikanischen Außenpolitik in einer Balance mit realpolitischen Notwendigkeiten zu halten, um eine Überbürdung der USA zu verhindern und dem Land seine außenpolitische Flexibilität zu erhalten (R. DOUGALL). Selbst Dulles hatte sich in seiner Amtszeit als ausgesprochener Pragmatiker erwiesen, der ungeachtet aller rhetorischen Attacken auf die Sowjetunion die osteuropäische Einflußzone Moskaus respektierte (R. D. CHALLENGER).

Erst die zum Vietnam-Konflikt führende »Prinzipienpolitik« der USA in Asien in den 60er Jahren, welche die politische Konstellation in dieser Region allein unter ideologischen Aspekten betrachtete und den sich anbahnenden machtpolitischen Konflikt zwischen Moskau und Peking dabei übersah, führte zur globalen Krise der »Pax Americana« und innen- und außenpolitischen Überlastung der westlichen Führungsmacht (LOEWENHEIM). Paradoxiertweise war es der von der amerikanischen Öffentlichkeit stets mit Argwohn beobachtete Außenminister Kissinger, der, ausgehend von seinen umfangreichen Studien über die europäische Diplomatie zur Zeit Metternichs und Bismarcks, im Zuge einer genial konzipierten und exekutierten realpolitischen Strategie die machtpolitische Überbürdung der USA verringerte und für Washington dadurch die Initiative im weltanschaulichen Ringen mit der Sowjetunion zurückgewann. Die zunehmende innenpolitische Kritik an seinen machiavellistischen diplomatischen Methoden machte jedoch deutlich, daß Kissinger mit seinem Vorhaben, die idealistischen Grundlagen der amerikanischen Außenpolitik mit der realpolitischen Tradition der europäischen Diplomatie zu versöhnen, gescheitert war (J. L. GADDIS).

Der virtuos gehandhabten Diplomatie Kissingers begegneten die Repräsentanten der sowjetischen Diplomatie, an ihrer Spitze der langjährige Außenminister Gromyko, eher ratlos. Dies lag nicht zuletzt daran, daß weder Molotov noch Gromyko daran gewöhnt waren, außenpolitische Strategien zu entwerfen oder Initiativen zu ergreifen. Beide Minister sahen ihre Aufgabe zuvörderst darin, die von der Partei festgelegte außenpolitische Richtung umzusetzen (St. M. MINER/N. STONE). Die Außenpolitik der Sowjetunion nach 1945 bewirkte jedoch eine zunehmende machtpolitische Überanstrengung, die seit der Mitte der 80er Jahre zum Zusammenbruch des Imperiums führte. Letztlich machtpolitisch und ideologisch unbeweglich, hatte die sowjetische Außenpolitik keine Lösung für die überlebenswichtige Frage gefunden, entweder in Osteuropa eine Verständigung mit dem Westen zu finden oder den Konflikt mit China zu entschärfen.

Rainer LAHME, Passau

Marie-Renée MOUTON, *La Société des Nations et les intérêts de la France (1920–1924)*, Frankfurt/Main, Bern, New York, Wien (Peter Lang) 1995, 597 S. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, 628).

Zur Geschichte des Völkerbundes liegt eine Reihe von Gesamtdarstellungen vor, und auch viele der *causes célèbres* besonders aus den 30er Jahren sind öfters behandelt worden; doch bleibt eine größere Zahl von Themen bisher eher spärlich beleuchtet. So sind nicht zuletzt monographische Studien über das Verhältnis einzelner Staaten zum Völkerbund rar. Die vorliegende Kurzfassung der bereits 1988 an der Sorbonne eingereichten Habilitationsschrift (*thèse pour le doctorat d'état*) der in Grenoble lehrenden Zeithistorikerin, die sich seit den frühen 70er Jahren mit dem Völkerbund beschäftigt, stößt in diese Lücke und untersucht, wie sich die französische Politik gegenüber der auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 gegründeten »Société des Nations« (S. D.N.) verhielt. Der behandelte Zeitraum umfaßt die ersten Anfänge der Organisation von 1919/20 bis zum innenpolitischen Wendepunkt, den der Regierungswechsel vom Bloc national zum Cartel des Gauches (Mai 1924) in Frankreich darstellte (S. 7; vgl. zur Begründung des Untersuchungszeitraums auch S. 5 im unpaginierten Vorwort von DUROSELLE). Eine vollständige Geschichte aller Zusammenhänge zwischen Genf (dem S.D.N.-Sitz) und Paris will Mouton jedoch nicht geben. Vielmehr werden diejenigen Elemente der französischen Völkerbund-Politik dargestellt, die unter dem seinerzeit leitenden Gedanken des »*intérêt national*« in den Vordergrund traten. Bei verschiedenen längerfristigen Problemen führt der enge zeitliche Rahmen zu einem wenig plausiblen Abbrechen der Darstellung, so vor allem im Abschnitt über die Rüstungskontrolle (S. 320; 323).